



Dr. Matthias Miersch MdB

Dr. Matthias Miersch

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 71111

matthias.miersch@bundestag.de

Persönliche Erklärung vom 25. September 2013

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

nach den ersten Sitzungen hier in Berlin komme ich dazu, die erste Persönliche Erklärung nach der Bundestagswahl zu verfassen:

1. Direktmandat gewonnen

Ein wichtiges Ziel in unserem Wahlkampf wurde erreicht: Wir haben im Wahlkreis 47 erneut das Direktmandat errungen. Ich sage bewusst „Wir“, weil ich diesen Erfolg ohne die vielen Helferinnen und Helfer niemals erzielt hätte. Ich habe mich immer gut betreut und unterstützt gefühlt.

Natürlich gilt das auch für mein Team in Berlin und Hannover. Dass wir den Wahlkampf mit vielen Ehrenamtlichen führen konnten, keine Firma mit dem Aufhängen von Plakaten beauftragen mussten, Infostände immer mit einer guten Anzahl von Genossinnen und Genossen organisieren konnten sowie die Unterstützung auch in Podiumsdiskussionen etc. immer vorhanden gewesen ist – all das ist leider außerhalb unseres Wahlkreises nicht mehr selbstverständlich.

Ich danke Ihnen und Euch deshalb nicht nur für die Stimmen, sondern auch für die riesige Unterstützung. Das Ergebnis von ca. 2600 Stimmen Unterschied macht deutlich, dass all die Postwurfsendungen, all die gefertigten Muffins für die Dialogbox (danke Maria!!!!), all die Gespräche mit den Nachbarn und alle Infostände und Verteilaktionen wichtig gewesen sind!

2. Zweitstimmenergebnis im Wahlkreis

In einigen Städten des Wahlkreises mussten wir uns mit dem zweiten Platz begnügen. Natürlich mag es hier und dort auch lokale Gründe dafür geben. Man darf aber in keiner Weise die politische Großwetterlage vergessen. Wenn auf Bundesebene der Abstand zwischen CDU und SPD mehr als 16 Prozentpunkte beträgt, wird es auch in SPD-Hochburgen eng. Wir befinden uns im Wahlkreis in etwa auf dem Niveau der Landtagswahl und konnten im



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vergleich zur Bundestagswahl 2009 - gemäß dem bundespolitischen Trend – zulegen. Darauf kann und muss aufgebaut werden.

3. Wie geht es weiter? Große Koalition?

Gestern haben wir die Handlungsfähigkeit der Fraktion durch die Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Fraktionsvorsitzenden und von Thomas Oppermann zum ersten Parlamentarischen Geschäftsführer hergestellt. Natürlich wurde das weitere Vorgehen intensiv diskutiert. Bereits am Montag haben wir auf Unterbezirksebene das Ergebnis und die weiteren Möglichkeiten breit besprochen. Am kommenden Freitag findet in Berlin der Parteikonvent statt, der weitere Etappen möglicherweise skizzieren wird. Da ich bereits zahlreiche Mails erhalten habe, lasst mich kurz darstellen, wie ich mich auch innerhalb der Fraktionssitzung positioniert habe:

- a) Das bundesweite Ergebnis von 25,7 Prozent ist kein Erfolg, wenngleich die schwarz-gelbe Bundesregierung abgewählt worden ist. In Niedersachsen konnten wir zwar deutlich über dem Bundesschnitt abschneiden – ein Anlass für Jubelstürme gibt es aber nicht. Ein Grund für unser Abschneiden ist mit Sicherheit auch in den Folgen unserer Regierungszeit in der Großen Koalition zwischen 2005-2009 zu suchen. Es muss deshalb in Zukunft um die Durchsetzung unserer Kerninhalte gehen. Das 100-Tage-Programm stellt eine gute Positionierung dar. Zu einer Verwässerung der Kernelemente darf es - auch aus staatspolitischen Gründen – nie mehr kommen.
- b) Ohne bereits für oder gegen eine Große Koalition argumentieren zu wollen, muss jedoch der Umstand berücksichtigt werden, dass eine durchsetzungsstarke Opposition im Fall einer Großen Koalition faktisch nicht vorhanden wäre. Auch das Parlament wäre bei einer so deutlichen Mehrheit ohne großen Einfluss, da die Regierung sich stets viele Abweichler leisten könnte.
- c) Ich möchte in den kommenden Tagen und Wochen deshalb vor allem für mehr Kreativität auf Grundlage der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten werben: Oberstes Ziel ist für mich die Akzeptanz des Wählerwillens. Neuwahl-Szenarien halte ich deshalb für unsinnig, zumal eine Reanimation der FDP unterbleiben sollte.

Da eine rot-rot-grüne Koalition ausgeschlossen worden ist (über Sinn und Unsinn kann man sicher streiten), sollte aber auch diese Variante nicht erwogen werden. Das Grundgesetz bietet aber - neben einer Regierung aus Schwarz-Grün - weitere Möglichkeiten, die ernsthaft diskutiert werden müssen, weil sie vielleicht auch zu einer Wiederbelebung des Parlaments führen könnten: Die Verfassung sieht nur vor, dass sich lediglich der Bundestag in den ersten 30 Tagen konstituieren muss.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die alte Bundesregierung bleibt geschäftsführend weiter im Amt. Mit der Mehrheit im Bundesrat wäre die Durchsetzung zentraler Sachfragen in einer frühen Phase auch ohne Regierungsneubildung möglich, wenngleich natürlich die Stimmungslage unter den Lagern erschwert werden würde. Eine Alternative hierzu wäre eine CDU-geführte Minderheitsregierung, die natürlich auch unter anderer Führung möglich wäre. Eine weitere Variante wäre eine Große Koalition, die aber keine Koalitionsvereinbarung im herkömmlichen Sinn beinhaltet, sondern der Parlamentsberatung erheblichen Spielraum belässt.

So könnte z.B. das einvernehmliche Abstimmungsverhalten zwischen den Koalitionspartnern lediglich in zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vereinbart werden. Das Parlament wäre dann der eigentliche Ort der Debatte und nicht nur ein Vollzugsorgan der Regierung. Gleichzeitig wäre die Stabilität der Regierung in zentralen Fragen nicht tangiert. Es gibt also diverse Möglichkeiten jenseits der Frage „Große Koalition ja oder nein?“. Ich finde, es kann auch unter dem Motto von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ lohnend sein, sich für die Klärung dieser Alternativen Zeit zu nehmen.

- d) Auf jeden Fall muss die Partei in Gänze die Möglichkeit bekommen, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. Ich habe den Eindruck, dass alle Verantwortlichen dieses auch gewährleisten wollen. Auch im Unterbezirk Hannover werden wir vier Abgeordnete nach dem 8. Oktober ein Forum bieten, um das weitere Vorgehen zu diskutieren.

4. Unterstützung bei Stichwahlen in Ronnenberg und Hannover

Unabhängig von diesen bundespolitischen Vorgängen sind für mich natürlich die Stichwahlen in Ronnenberg und Hannover von zentraler Bedeutung. Wir müssen alle noch einmal die Ärmel hochkrempeln, damit **Stefan Schostok** und **Torsten Kölle** die Stichwahlen gewinnen. Deshalb meine Bitte: Jetzt noch einmal mit Freunden, Nachbarn und Angehörigen sprechen und darauf hinweisen, dass jede Stimme zählt und das Rennen nicht einfach als gelaufen angesehen werden darf! Dann schaffen wir es!

Herzliche Grüße!
Ihr/Euer
Matthias Miersch